

IV-Stelle

Frau
Sutter

Datum: 23.10.2014

Referenz:
Gesuch vom: 28.03.2014

Verfügung Kein Anspruch auf IV-Leistungen

Sehr geehrte Frau Sutter

Wir haben den Anspruch auf Berufliche Eingliederungsmassnahmen und Rentenleistungen der Invalidenversicherung geprüft.

Gesetzliche Grundlagen

Als Invalidität gilt die durch einen Gesundheitsschaden verursachte, voraussichtlich bleibende oder längere Zeit dauernde Erwerbsunfähigkeit. Die Unmöglichkeit, im bisherigen Aufgabenbereich (z. B. im Haushalt) zu arbeiten, wird der Einschränkung in der Erwerbstätigkeit gleichgesetzt (Art. 8 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)).

Invalide oder von einer Invalidität bedrohte versicherte Personen haben Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen, die notwendig und geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen, zu verbessern oder zu erhalten (Art. 8 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG)).

Suchterkrankungen für sich gelten nicht als invalidisierend. Nur wenn die Suchterkrankung Folgeerkrankungen nach sich zieht oder selbst Folge einer Erkrankung ist, kann ein invalidisierender Gesundheitsschaden angenommen werden.

Sie sind seit dem 05.09.2013 medizinisch-theoretisch zu 100 % arbeitsunfähig geschrieben. Unsere Abklärungen haben ergeben, dass die Arbeitsunfähigkeit einzig auf Ihre Suchterkrankung zurückzuführen ist. Daher ist keine Invalidität ausgewiesen und es können keine Leistungen ausgerichtet werden.

Wir verfügen:

Das Leistungsbegehren um Ausrichtung von Beruflichen Eingliederungsmassnahmen und Rentenleistungen wird abgewiesen.

Wichtige Hinweise

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit der Zustellung beim Kantonsgericht, Abt. Verwaltungsgericht schriftlich Beschwerde erhoben werden. Diese muss einen Antrag sowie

eine kurze Darstellung des Sachverhalts und eine Begründung enthalten. Die unterzeichnete Beschwerde ist im Doppel zusammen mit allfälligen Beweismitteln, mit der angefochtenen Verfügung und mit dem Briefumschlag, in welchem sie zugestellt wurde, einzureichen. Nach Ablauf der Beschwerdefrist, die nicht erstreckt werden kann, wird die Verfügung formell rechtskräftig.

Fristenstillstand

Gemäss Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (Art. 38 ATSG) stehen die gesetzlichen Fristen still:

- a) vom siebten Tag vor Ostern bis und mit dem siebten Tag nach Ostern;
- b) vom 15. Juli bis und mit dem 15. August;
- c) vom 18. Dezember bis und mit dem 2. Januar.

Freundliche Grüsse

IV-Stelle des Kantons